



© rainer stumm / PIXELIO

## Wählen Sie zukunftsfähig!

**Spätestens seit der Europawahl haben alle Parteien erneuerbare Energien als Wahlkampfthema entdeckt. Es darf bezweifelt werden, ob die ehrgeizigen Programme auch nach dem 27. September noch Gültigkeit haben**

**B**erlin im Jahr 2050, Rush-Hour an einem Wintermorgen: Die Straßenlaternen geben dort besonders viel Licht ab, wo jemand unterwegs ist, ansonsten laufen ihre LED-Lampen auf Sparflamme. Die meisten Pendler nutzen das stark ausgebaute öffentliche Verkehrsnetz, Straßenbahnen fahren flächendeckend auch im Westteil der Stadt, wer gar nicht ohne kann, nutzt ein leises Elektroauto. Sowohl Büros als auch die Wohnungen sind warm, obwohl kaum jemand heizt, weil dank großzügiger Förderprogramme ein großer Teil der Gebäude gedämmt wurde.

Alles blanke Utopie? Ganz und gar nicht. Immer lauter denkt eine wachsende Anzahl von Technikern, Wissenschaftlern, Soziologen, Stadtplanern und Architekten über Möglichkeiten nach, den Energieverbrauch zu senken und damit den Klimawandel zu bremsen. Da werden Miniwindräder auf Plattenbauten erdosen, Sonnenkollektoren für alle Hausdächer, intelligente Verkehrsleitsysteme und so genannte „smart Grids“, intelligente Stromnetze, die flexibel auf die Verfügbarkeit von Sonnen- und Windenergie reagieren.

Es ist nicht so, dass diese Visionen bei den Parteien keinen Widerhall fänden. Kein Wahlprogramm kommt mehr ohne ein Bekenntnis zu mehr Energieeffizienz, energetischer Gebäudesanierung und umweltfreundlicher Mobilität daher. Bündnis 90/Die Grünen haben das Thema in den Mittelpunkt ihres „Gesellschaftsvertrags“ gestellt, nachdem sie es in Zeiten der Regierungsverantwortung etwas aus den Augen verloren hatten. CDU und FDP wollen bis 2020 mit erneuerbaren Energien 30 Prozent des Strombedarfs decken, die SPD

35 Prozent und die Linke gar 50 Prozent. Es scheint, als wäre geradezu ein Wettrennen im Gange um den Titel „Deutschland sucht den grünen Superstar“. SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier, dem Ökothemen bislang herzlich egal waren, sinnt über die Förderung von „Green Tech“ nach, die Linke schiebt ihre „ökologische Plattform“ nach vorne und die CDU/CSU, die in den vergangenen Jahren sowohl das Umweltgesetzbuch, als auch das Effizienzgesetz, die Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und die EU-Autorichtlinie torpedierte, lässt Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg verkünden, Öko sei „kein Badelatschenthema mehr“. Wieso eigentlich Badelatschen?

### Angst um die Stammwähler

Immerhin: Vertrat die CDU/CSU anfangs entschieden die Forderungen der Energieindustrie nach einem Gesetz zur CCS-Technologie, der unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid, so ließ sie es kurz vor Ende der Legislaturperiode wieder fallen. Allerdings nicht aus besserer Einsicht. Entscheidend war vielmehr der Umstand, dass in Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihr Stammklientel, die Bauern, den Aufstand probte, weil es nicht wollte, dass CO<sub>2</sub>-Pipelines quer durch ihre Felder gebaut werden (siehe auch Seite 5).

In der realen Politik opferten CDU/CSU und auch die SPD häufig wertvolle Möglichkeiten, in Sachen Energiewende und Klimaschutz eine Trendwende zu erreichen. So sorgten sie mit der anfangs auf dreiste Weise so genannten „Umweltprämie“, später „Abwrackprämie“ dafür, dass sich so viele Leute ein Auto

mit dem bisher üblichen klimafeindlichen Verbrauch kauften, dass es für die nächsten Jahre schwierig sein dürfte, die Bevölkerung davon zu überzeugen, diese Fahrzeuge erneut gegen Autos mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß einzutauschen. Der 1,5-Milliarden-Kredit an Opel wurde ebenfalls gegeben, ohne diese Zuwendung mit der klaren Auflage zu verbinden, ökologischere Modelle mit klimaverträglichen Standards zu entwickeln.

Eine konsequente Umweltpolitik durchzusetzen bleibt trotz „grüner“ Programmatik aller Parteien schwierig. Denn die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD und FDP sind gespickt mit vielen Sowohl-als-auchs. Schiene und Straße sollen ausgebaut werden (siehe auch Seite 6), Energie soll aus Wind, Sonne und Kohle gewonnen werden. Union und FDP wollen gar den Atomausstieg beenden. Bei so viel Willen zum Vereinbaren von Unvereinbarem kommt auf Klimaschützer viel Arbeit zu.

Lassen Sie sich von der grünen Rhetorik der fünf großen Parteien nicht blenden! Lesen Sie nach in den Programmen der Parteien, beim BUND-Kandidatencheck (siehe Seite 3) und nutzen Sie Wahlkampfveranstaltungen, um Ihre Forderungen einzubringen. Wie beim CCS-Gesetz zu sehen war: Druck von unten kann Bewegung in die Politik bringen, zum Beispiel am 5. September 2009 bei der Großdemo gegen Atomkraft (siehe Seite 8) ro

Weitere Informationen unter [www.BUND-Berlin.de](http://www.BUND-Berlin.de) und [www.BUND-Brandenburg.de](http://www.BUND-Brandenburg.de)

### Inhalt

#### THEMA Zukunftsfähige Energiepolitik

In der Kohle-Sackgasse:  
Brandenburg und die  
erneuerbaren Energien  
**Seite 2**

„Wir brauchen einen  
Politikwechsel“:  
Interview mit dem DGB-  
Vorsitzenden Dieter Scholz  
**Seite 3**

Erneuerbare Energien sind  
allen wichtig: Die BUND-  
zeit fragt, Kandidaten zur  
Bundestagswahl antworten  
**Seite 4**

Gefährlich wohnen in  
Beeskow und Neutrebbin:  
Vattenfall will CO<sub>2</sub> im  
Boden versenken  
**Seite 5**

#### AKTUELL

Der lange Abschied vom  
Ausbau der A100  
**Seite 6**

Vorbilder gesucht:  
Berliner Umweltpreis 2009  
ausgeschrieben  
**Seite 6**

#### NATUR ERLEBEN

Ungezähmte Stadtoasen:  
Wildnisinseln im  
Potsdamer Volkspark  
**Seite 7**

#### KURZ & BUND

Abschalten: Kommt mit zur  
Demo gegen Atomkraft!  
**Seite 8**

Zukunftsfähige Energie-  
politik in Zahlen  
**Seite 8**

### Energiewechsel ist möglich

Kohle muss nicht mehr sein: Eine Studie von Wissenschaftlern der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin im Auftrag des BUND Berlin hat ergeben, dass es weitaus schneller als gedacht möglich sein könnte, Berlin in deutlich größerem Umfang als angenommen über erneuerbare Energien mit Wärme zu versorgen. Untersucht wurde diese Frage für die Stadtteile Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Kreuzberg-Friedrichshain. Die Studie zeigt, dass es schon bis 2018 möglich ist, die Wärmeversorgung in dem untersuchten Gebiet auf einen Mix aus erneuerbaren Energieträgern, Wärmepumpen, dezentralen Gas betriebenen Blockheizkraftwerken und zentralen Heizwerken mit Biomasse und Gas kombiniert mit einer vernünftigen Wärmedämmung umzustellen. Der BUND will damit Schwung in die Diskussionen um eine mögliche Umstellung auf erneuerbare Energien bringen, da der Senat bislang keinerlei Initiative ergreifen hat, die Potentiale für eine Energieumstellung auszuloten. Die Studie zum Download gibt es unter [www.BUND-Berlin.de](http://www.BUND-Berlin.de) im Themenbereich Energie

### Gründe für den Ausstieg

Atomkraft ist gefährlich, teuer und überflüssig. Es gibt sichere Energiequellen, die weder die Menschen gefährden noch die Natur belasten. Und es gibt viele Möglichkeiten, Energie zu sparen. Trotzdem ist nicht sicher, ob die Politik den Atomausstieg wie geplant umsetzen wird. Alle Gründe für einen Atomausstieg und wie Sie aktiv werden können, erfahren Sie in der BUND-Broschüre „Mal richtig abschalten“. Zum Download unter [www.bund.net/bundnet/publikationen/publikationsdatenbank/](http://www.bund.net/bundnet/publikationen/publikationsdatenbank/)

## EDITORIAL

von Burkhard Voß und Christian Arns



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist schon ulkig, dass sich nach jeder Wahl einige Politiker über die niedrige Wahlbeteiligung beklagen. Wer hat sich hier eigentlich über wen zu beklagen? Steht es den an der Spitze stehenden Politikern – nicht jeder von ihnen ist dadurch gleich Spitzenpolitiker – eigentlich zu, die Bevölkerung für ihre Parteienverdrossenheit zu kritisieren?

Erstaunlich auch: Allesamt glauben sie, dass genau ihrer Partei eine höhere

Wahlbeteiligung zu Gute gekommen wäre. Sie geben dadurch unfreiwillig zu, ihre eigenen Leute in den vergangenen Jahren am stärksten verprellt zu haben. So heftig, dass einstige Sympathisanten keine Motivation mehr aufbringen konnten, zur Urne zu gehen.

Bei der kommenden Bundestagswahl könnte es für manchen ein verblüffendes Erwachen geben: eine hohe Beteiligung und trotzdem ein mieses Ergebnis. Denn bei einer ganzen Reihe von entscheidenden Fragen geben die Parteien sehr unterschiedliche Antworten. Wer sich die Positionen zu Atomkraft und zur Kohleverstromung anguckt, zur Transparenz für Verbraucher, zu umweltfreundlichen Produktionsmethoden oder zum echten Ausbau regenerativer Energien, der sieht: der 27. September wird eine Richtungswahl.

Für Umweltfreunde und Naturschützer ist das eine echte Chance. Wir alle haben die Wahl. Auch in diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen.



© barf-heiz/liebsch / PIXELIO

Aus alt mach neu: Trotz guter Fortschritte im Bereich erneuerbare Energien traut sich Brandenburg noch nicht, alte Wege der Stromerzeugung zu verlassen

## In der Kohle-Sackgasse

**Trotz eines Spitzenplatzes bei der Nutzung regenerativer Energien versagt Brandenburg beim Klimaschutz. Und ist damit noch besser als Berlin**

Monster-Schaukelbagger, die ganze Landstriche verwüsten, veraltete Kohlekraftwerke, die viel zu viel CO<sub>2</sub> und andere Schadstoffe in die Luft pusten – in puncto Energieerzeugung hat das Land Brandenburg nicht gerade den besten Ruf. Möglicherweise zu Unrecht. Denn laut der vergleichenden Studie „Leitstern 2008“, die die Berliner Agentur für Erneuerbare Energien bei dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung (ZSW) in Auftrag gegeben und Ende 2008 veröffentlicht hat, liegt Brandenburg vor allem was den – nicht unumstrittenen – Ausbau der Stromerzeugung aus Windkraft betrifft, im Vergleich aller Bundesländer auf Platz eins. Hinzu kommt: Nach Angaben der Landesregierung arbeiten rund 5000 Menschen derzeit in Brandenburg in der Solarindustrie, der Wind- und der Bioenergie. Tendenz steigend.

Doch so positiv die Entwicklung in Brandenburg insgesamt auch sein mag: Die Lausitzer Braunkohle bleibt, wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, nach wie vor Hauptenergieträger und Exportgut Nummer eins. Einer der Hauptabnehmer für den Strom aus der Braunkohle: Berlin. Die Zukunft sieht die Landesregierung in modernen „CO<sub>2</sub>-armen“ Kohlekraftwerken. Das bedeutet, dass nicht

so wenig wie möglich CO<sub>2</sub> produziert werden soll, sondern dass die weiterhin in großen Mengen entstehenden schädlichen Gase unterirdisch endgelagert werden. Obwohl überhaupt nicht absehbar ist, wie das technisch möglich gemacht werden kann und in welcher Weise die Bevölkerung durch ein möglicherweise auftretendes Leck gefährdet ist. (siehe auch Seite 6).

Das Hauptproblem in Brandenburg ist also: Die Strom- und Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien wird zu der aus Braunkohle einfach dazu addiert, statt letztere Schritt für Schritt zu reduzieren.

### Ein Leben ohne Kohle ist möglich

In einem Argumentationspapier rechnet die brandenburgische SPD vor, dass laut einer Leitstudie des Bundesumweltministeriums bis zum Jahr 2050 ohnehin nur die Hälfte des Energiebedarfes aus erneuerbaren Energien gedeckt werden könne. Nicht erwähnt wird allerdings, dass genau dieser Leitstudie zufolge der Bedarf an Primärenergie durch Einsparungen sinken wird und dass der Rest an fossilen Energieträgern, der dann noch gebraucht wird, nicht die besonders klimaschädliche Braunkohle sein muss. Im Gegenteil: Diese wird gar nicht mehr gebraucht.

Es ist allerdings wichtig zu erwähnen, dass sich auch die Prognosen des Bundesumweltministeriums nicht von selbst entwickeln, sondern dass dafür die nötigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Wie viel Wert die Studie des Ministeriums nach der Bundestagswahl noch hat, wird sich zeigen. Brandenburg jedenfalls nimmt die guten Entwicklungen bei den erneuerbaren Energien einstweilen gerne mit, ohne diese jedoch für den Klimaschutz wirksam werden zu lassen.

Berlin zeichnet sich übrigens im Hinblick auf die erneuerbaren Energien durch noch weniger Ehrgeiz aus. Trotz anders lautender Aussagen im Landesenergieprogramm werden in der Hauptstadt weder Strom noch Wärme auch nur annähernd mit Hilfe erneuerbarer Energieträger erzeugt. Mit einem landeseigenen Klimaschutzgesetz böte sich Berlin nun die Chance, wenigstens den Anteil der Wärmeversorgung von Neu- und Altbauten zu einem Teil mit erneuerbaren Energien abzudecken. Eine flächendeckende energieeffiziente Sanierung öffentlicher Gebäude oder Solaranlagen auf allen Hausdächern müssen sich anschließen. ro

## „Wir brauchen einen Politikwechsel“

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin-Brandenburg, über die erneuerbaren Energien als Jobmotor, mangelnde soziale Standards in den Unternehmen und sinnvolle Förderprogramme**



© DGB-Berlin-Brandenburg

BUNDzeit: Umweltschutz und der Arbeitsmarkt werden gerne gegeneinander ausgespielt. Angeblich gefährdet die Forderung nach besserem Klima- und Naturschutz Arbeitsplätze. Jetzt möchten wir mal Klartext hören: Ist das aus Sicht des DGB wirklich so?

Dieter Scholz: Grundsätzlich nein. Der DGB und die Gewerkschaften sehen erhebliche Beschäftigungspotenziale im Umweltbereich, insbesondere beim Klimaschutz. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die energetische Gebäudesanierung haben bereits in den vergangenen Jahren mehrere 100.000 Arbeitsplätze geschaffen und werden auch noch weiter wachsen.

BUNDzeit: Wie profitieren Berlin und Brandenburg von der so genannten „grünen Industrie“?

Scholz: Berlin-Brandenburg ist mittlerweile führend für Photovoltaikmodule in Deutschland. 35 bis 40 Prozent aller Module werden in der Hauptstadtregion produziert, über 4.000 Arbeitsplätze sind in diesem Sektor entstanden. In diesem Sinne begrüße ich ausdrücklich, dass die Energie- und Umweltwirtschaft endlich vom Senat zum Schwerpunkt der Wirtschafts- und Technologieförderung erklärt wurde. Allerdings muss ich auch sagen, dass viele dieser Arbeitsplätze bei Weitem nicht den Standards entsprechen, wie sie bei traditionellen Unternehmen in der Energieversorgung oder beim Anlagenbau selbstverständlich sind. Wir sagen daher als DGB ganz klar: Wir sind für den Ausbau erneuerbarer Energien, aber das heißt nicht, dass wir Billiglöhne, den massiven Einsatz von Leiharbeit oder die Verhinderung von Betriebsratswahlen tolerieren, auch nicht in der Solarindustrie.

BUNDzeit: Sie haben in der Vergangenheit unter anderem immer wieder auf die energetische Gebäudesanierung als Jobmotor hingewiesen. In welchem Maße können denn dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden?

Scholz: Das hängt natürlich ganz wesentlich von den Rahmenbedingungen ab. Angesichts des Zustands vieler Gebäude, insbesondere übrigens der öffentlichen Liegenschaften, sehe ich noch ein riesiges Potenzial. Aber um mal eine Zahl zu nennen: Die KfW-Bankengruppe bezifferte für das Jahr 2007 die Arbeitsplätze, die allein aufgrund ihrer Förderprogramme zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung erhalten oder geschaffen wurden, auf 40.000.

BUNDzeit: Wer soll diese Sanierung bezahlen angesichts einer chronisch klammen Haushaltslage?

Scholz: Indem die chronisch klamme Haushaltslage endlich beendet wird! Genau an dieser Frage wird sich erweisen, ob der Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt wird, ob die real praktizierte Klimaschutzpolitik die bestehenden Verteilungskämpfe weiter verschärfen oder entschärfen wird. Knapp 500 Milliarden Euro hat die Bundesregierung bisher für den so genannten Bankenrettungsschirm bereitgestellt. Auf der anderen Seite stehen im Konjunkturpaket II noch nicht einmal 15 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung und zwar nicht nur für energetische Gebäudesanierung, sondern für alles zusammen. Solange dieser Irrsinn nicht gestoppt wird, wird es keine ernsthafte Klimaschutzpolitik geben.

Schaffen Arbeitsplätze, schonen das Klima: erneuerbare Energien bringen Schwung in die Wirtschaft

BUNDzeit: Es gibt ja zahlreiche Förderprogramme, zum Beispiel der EU, für solche Sanierungen. Das Handwerk klagt immer, dass diese nicht ausreichend kommuniziert würden. Warum nicht? Ist wieder einmal die Verwaltung schuld?

Scholz: Erstens kann man nicht ständig eine bürger- oder meineterwegen auch unternehmerfreundliche Verwaltung fordern und gleichzeitig ständig das dafür erforderliche Personal kürzen. Zweitens kritisieren die Berichte der Rechnungshöfe immer wieder, dass Fördermittel ohne einen erkennbaren volkswirtschaftlichen Nutzen ausgegeben werden. Gerade bei der energetischen Sanierung sehe ich die Gefahr, dass nicht genug auf die Qualität geachtet wird, dazu muss man sich ja nur einmal diverse Bundesbauten angucken. Drittens hängt die Kommunikation nicht allein an der Verwaltung. In unserem Projekt Initiative Klimaschutz und Beschäftigung war eines der Dauerthemen, dass die Privatbanken die KfW-Förderung nicht ausreichend unterstützen, weil sie daran nicht genug verdienen konnten.

BUNDzeit: Forschung und Bildung sind das Rückgrat eines funktionierenden Arbeitsmarktes. Was muss im Bezug auf die erneuerbaren Energien hier in der Region verbessert werden?

Scholz: Nach meinem Eindruck sind wir da auf einem ganz guten Weg. Ich bin kein Experte aber nach dem, was ich beispielsweise aus der TU Berlin höre, tut sich da einiges. Allerdings haben wir in unserer Region das grundsätzliche Problem des Transfers von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Richtung Wirtschaft. Dazu wäre es meines Erachtens notwendig, die Technologie-Stiftung Berlin (TSB) als zentrale innovationspolitische Einrichtung des Senats stärker als bisher auf diesen Bereich auszurichten. Aber auch da tut sich mittlerweile etwas. Seit Frühjahr 2009 ist das Kompetenzfeld Energietechnik bei der TSB endlich auch personell besser ausgestattet.

BUNDzeit: Wie groß ist Ihre Hoffnung, dass mit einer neuen Bundesregierung Bewegung in den Ausbau der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes und damit in eine zukunftsfähige Industriebranche kommt?

Scholz: Das Entscheidende ist: Findet Klimaschutz im Rahmen eines demokratisch kontrollierten sozial-ökologischen Strukturwandels statt, also zum Beispiel durch öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme, und halten die Unternehmen, die damit befasst sind, beispielsweise die Tarifverträge ein? Die Re-Kommunalisierung von Energieversorgern wäre ebenfalls ein starker Hebel, um Klimaschutz vor Ort umsetzen zu können. Aber dafür braucht es einen Politikwechsel, zu dem beispielsweise auch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen gehören muss. Und dafür werden wir uns bei der Bundestagswahl stark machen.

Das Gespräch führte Saphir Robert



© Marco-Barmbeck-Telemarco / PIXELIO

### Check die Kandidaten!

Der BUND befragt deutschlandweit 1.495 Direktkandidaten der verschiedenen Parteien zur Bundestagswahl zu zentralen umweltpolitischen Themen. Er will von ihnen wissen, ob sie die Atomkraftwerke wie geplant abschalten werden, ob sie gegen einen Neubau von Kohlekraftwerken und für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sind. Außerdem geht es um die jeweiligen ökologischen Brennpunkte vor Ort. Machen Sie sich selbst ein Bild unter [http://www.bund.net/nc/bundnet/themen\\_und\\_projekte/bundestagswahl\\_2009/kandidatinnencheck/](http://www.bund.net/nc/bundnet/themen_und_projekte/bundestagswahl_2009/kandidatinnencheck/)

### Aufgefordert

Eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung, eine intelligente Autopolitik, Abbau umweltschädlicher Subventionen und zukunftsfähige Arbeitsplätze: Das sind nur einige Stichworte, unter denen der BUND klare Anforderungen an die Parteien und die künftige Bundesregierung stellt.

Die Forderungen können Sie im Internet unter [www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/sonstiges/20090513\\_sonstiges\\_kernforderungen\\_wahl\\_2009.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/sonstiges/20090513_sonstiges_kernforderungen_wahl_2009.pdf) herunterladen oder im BUNDladen bestellen: Natur und Umwelt Service- und Verlags GmbH Am Köllnischen Park 1 10179 Berlin Tel: 030/275 86-480 E-Mail: [bestellung@BUNDladen.de](mailto:bestellung@BUNDladen.de)

# Erneuerbare Energien sind allen wichtig

Die BUNDzeit hat einzelne Kandidaten der verschiedenen Parteien für die Bundestagswahl in der Region befragt, was sie für eine zukunftsfähige Energiepolitik tun wollen

**BUNDzeit:** In der Region Berlin-Brandenburg sorgen Kohleabbau und -verstromung für gravierende Probleme in der Umwelt und beim Klimaschutz. Können Sie uns versprechen, dass das bis 2020 aufhört?

**Katherina Reiche, CDU:** Die heimischen Kohlevorkommen sorgen in der Region Berlin/Brandenburg für tausende sichere Arbeitsplätze. Einheimische, wettbewerbsfähige Braunkohle ist der Garant dafür, dass Deutschland weniger von Öl- und Gasimporten abhängig ist, die uns häufig aus Krisenregionen erreichen. Mein Ziel ist, dass der Bundestag ein CCS-Gesetz verabschiedet, das dieser klimafreundlichen Technik wirtschaftlich und sozial verträglich zum Durchbruch verhilft. Diese Auffassung vertreten im Übrigen alle relevanten Klimaforscher, unter anderem vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung.



Katherina Reiche, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von CDU/CSU

**Petra Bierwirth, SPD:** Die erneuerbaren Energien gewährleisten noch keine vollumfängliche Energieversorgung, darum entscheiden wir uns mittelfristig für Kohle und gegen Atomstrom. Dazu müssen wir in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren und die Emissionsbudgets im Rahmen des Emissionshandels weiter absenken. Die erneuerbaren Energien werden wir massiv ausbauen und so die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren.



Petra Bierwirth, Vorsitzende des Umweltausschusses der SPD-Bundestagsfraktion

**Dagmar Enkelmann, Die Linke:** Fest versprechen kann das niemand - ich setze mich aber konsequent dafür ein, dass in Brandenburg künftig kein neuer Braunkohle-Tagebau mehr aufgeschlossen wird. In diesem Sinne hatte ich auch die entsprechende Volkswirtschaftliche Initiative unterstützt. Ohne neue Tagebaue nehmen Kohleförderung und die darauf basierende Stromerzeugung bereits bis 2020 deutlich ab. Auch "Schlupflöcher" wie die CO<sub>2</sub>-Speicherung lehne ich ab. Die Umwelt und das Klima sind nur zu schützen, wenn die Energieversorgung so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien und Energiesparen umgestellt wird.



Dagmar Enkelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Die Linke

**Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen:** Grüne Energien sind erneuerbar - auch in der Region Berlin-Brandenburg. Die Braunkohle ist der mit Abstand schlimmste Klimaschädling. Deshalb lehnen wir neue Braunkohlekraftwerke ab und haben auch den Volksentscheid für die Beendigung des Tagebaus in Brandenburg mit aller Kraft unterstützt. Denn Innovation, Arbeitsplätze und Klimaschutz gibt es in unserer Region nur ohne Braunkohle.



Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

**Martin Lindner, FDP:** Nein, Kohleabbau und -verstromung kann man sicher nicht bis dahin beenden, vor allem wegen der Versorgungssicherheit für unsere Mitbürger. Allerdings werden wir gesetzlich dafür sorgen, dass möglichst viele Kohlekraftwerke in Zukunft CO<sub>2</sub>-Abscheidung haben und damit deutlich umweltschonender arbeiten.



Martin Lindner, Bundestagsspitzenkandidat der Berliner FDP

**BUNDzeit:** Was wird Ihre erste Tat nach der Bundestagswahl sein, mit der Sie Ihren Wähler in Berlin und Brandenburg zeigen: Ich stehe für den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region und deutschlandweit?

**Katherina Reiche, CDU:** Ich will - neben dem geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien auf 30 Prozent des erzeugten Stromes bis 2020 - erreichen, dass die erneuerbaren Energien grundlastfähig werden. Hierzu brauchen wir Hybridkraftwerke und effiziente Energiespeicher.

**Petra Bierwirth, SPD:** Die SPD wird dafür sorgen, dass es beim Atomausstieg bleibt! Atomenergie verhindert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir werden vielmehr einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen, der zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beitragen wird. Den Vorrang erneuerbarer Energien in diesen Bereichen werden wir stärken.

**Dagmar Enkelmann, Die Linke:** Meine erste Tat wird sein, für den Brandenburger Landkreis Märkisch-Oderland noch im Jahr 2009 die nächste Ökologische Konferenz zu organisieren. Dort wollen wir unter anderem konkret beraten, wie der Landkreis auf dem begonnenen Weg hin zu einer Modellregion alternativer Energieerzeugung vorankommen kann. Auf Bundesebene muss das durch Forderungen nach einer Demokratisierung der Energiewirtschaft, insbesondere ihrer Rekommunalisierung, flankiert werden.

**Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen:** Ich gehe in die Koalitionsverhandlungen und setze durch, dass der Neubau von Kohlekraftwerken gestoppt, die ältesten Atomkraftwerke schneller abgeschaltet und die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, damit wir so bald wie möglich vollständig auf Strom aus Sonne, Wind & Co. umsteigen können. Das schützt nicht nur das Klima, sondern schafft auch Tausende von Arbeitsplätzen in unserer Region.

**Martin Lindner, FDP:** Die FDP will den Emissionshandel über die bisherigen Bereiche Industrie und Energie sowie Luftverkehr auch auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten. Damit werden erneuerbare Energien zusätzliche Chancen haben.



Widerstand gegen klimaschädliche Politik: Demonstration gegen Kohleerzeugung am Kraftwerk Jämschwalde

## Gefährlich wohnen in Beeskow und Neutrebbin

Unterstützt von der Landesregierung plant Vattenfall in Brandenburg unterirdische CO<sub>2</sub>-Lagerstätten. Risiken werden ausgeblendet

Wie viel Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) passt in den Untergrund rings um die Gemeinden Birkholz-Beeskow im Landkreis Oder-Spree und Neutrebbin im Landkreis Märkisch-Oderland? Dieser Frage will der Energiekonzern Vattenfall nachgehen. Er plant Erkundungen, wie und in welchem Umfang dort CO<sub>2</sub> ins Gestein gepresst und damit endgelagert werden kann.

Das CO<sub>2</sub>, das in den beiden Landkreisen untergebracht werden soll, entsteht bei der Verbrennung von Braunkohle, beispielsweise im Kraftwerk Jämschwalde. Kohlendioxid gilt aber längst als Klimakiller Nr. 1, weshalb Kohlekraftwerke zunehmend in die Kritik geraten. Aus diesem Grund verfiel Vattenfall auf die Idee, das Gas mit Hilfe der sogenannten Carbon Capture and Storage (CCS) Technologie aus der Abluft auszuscheiden und unterirdisch einzulagern.

Das Problem ist aber: Niemand kann bis jetzt mit ausreichender Sicherheit sagen, ob die Einlagerung von Kohlendioxid wirklich sicher funktioniert und damit überhaupt zum Klimaschutz beitragen kann. Außerdem ist Kohlendioxid gefährlicher als gemeinhin angenommen wird. Das Gas ist etwa anderthalb Mal schwerer als Luft und sammelt sich deshalb beispielsweise in Senken an. Schon eine Konzentration von sieben bis acht Prozent CO<sub>2</sub> in der Atemluft führt bei Menschen innerhalb einer Stunde zu Erstickungstod.

Neben dieser Gefahr ist außerdem generell zweifelhaft, ob die CCS-Technologie wie erhofft dazu beitragen kann, dass Deutschland seine Klimaschutzziele erreicht. Eine vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Leitstudie kam 2008 zu dem Schluss, dass die Einlagerung von Kohlendioxid nur sinnvoll ist, wenn Energie weiterhin in Großkraftwerken erzeugt wird. Die von Umweltschützern geforderte Umstellung auf eine dezentrale Energieversorgung und der Einsatz von Wind, Sonne, Bio- und Erdgas als Energieträger würden so ausgebremst.

Nach den Vorstellungen von Vattenfall sollen ab 2015 jährlich etwa 2,7 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Abfälle der dann zum „Modellkraftwerk“ umfunktionierten Anlage in Jämschwalde in den Lagerstätten in Beeskow und Neutrebbin verklappt werden. Da die Landesregierung ihre Klimaschutzziele im Wesentlichen durch die CCS-Technologie erreichen will, müssten bis 2030 die eingelagerten Mengen kontinuierlich ansteigen bis auf 20 Millionen Tonnen pro Jahr. Vattenfall möchte sogar alle CO<sub>2</sub>-Emissionen der Lausitzer Kraftwerke - also auch der sächsischen Kraftwerke - in den brandenburgischen Lagerstätten unterbringen. Damit würden sich bis 2070 bis zu drei Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> unterirdisch ansammeln und für viele folgende Generationen zu einem nicht kalkulierbaren Risiko werden. Nicht nur in Neutrebbin oder Beeskow, sondern in ganz Brandenburg. Um diese gewaltige Menge in den Lagerstätten unterbringen zu können, muss außerdem ein Netz aus Pipelines quer durch Brandenburg gebaut werden. Diese würden das Land durchschneiden und viele Naturräume und Grundstücke beeinträchtigen.

Das Interesse Vattenfalls an der CCS-Technologie liegt klar auf der Hand: Sie schafft die Legitimation für das Unternehmen, weitere Kohlekraftwerke zu bauen und neue Tagebaue zu erschließen. Die Alternative dagegen wäre, ab 2020 das Kraftwerk Jämschwalde nach und nach abzuschalten. Damit könnten bis 2030 etwa 25 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden. Die wegfallende Strommenge könnte nach Ansicht des BUND durch regenerative Energien und eine deutlich verbesserte Energieeffizienz ersetzt werden. Und auch für die in der Kohleindustrie Beschäftigten bliebe bis 2030 genug Zeit, sich auf die Arbeit mit den erneuerbaren Energieträgern umzustellen. *Axel Kruschat*

## Anzeige

**Tillmann Bio Konditorei**

### Feinste Kuchen & Torten

**Frische Qualität und kreative Vielfalt - wir erfüllen Ihre kulinarischen Wünsche.**

Wir verwenden nur frische, naturbelassene Rohstoffe aus kontrolliert biologischem Anbau aus der Region.

Vollkornkonditorei Tillmann GmbH  
Bergiusstraße 36, 12057 Berlin  
Tel. 030/613 91 00, Fax 030/613 91 033  
e-mail: info@tillmannkonditorei.de

Filiale: Ludwigkirchstr. 14, 10719 Berlin  
Tel. 030/88 62 88 82  
www.tillmannkonditorei.de

Information und Bestellung:  
 0800 BioTorte  
 24686783

### Sparsame Kliniken

Die Karl-Jaspers-Klinik im niedersächsischen Bad Zwischenahn hat im Juni 2009 das BUND-Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“ erhalten. Die Klinik wurde ausgezeichnet, weil sie im Vergleich zu 2003 trotz gestiegener Bettenzahl jährlich inzwischen 521 Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>) weniger ausstößt. Die Einsparungen wurden unter anderem möglich, weil die Klinik Teile ihres denkmalgeschützten Gebäudes isolieren ließ. Die Stadtklinik im pfälzischen Frankenthal erhält am 23. August 2009 ebenfalls das BUND-Gütesiegel. Sie sparte innerhalb von fünf Jahren mehr als ein Viertel ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen ein. Weitere Informationen unter [www.energiesparendes-krankenhaus.de](http://www.energiesparendes-krankenhaus.de)

### Landesdelegiertenversammlung des BUND Brandenburg

Die diesjährige Landesdelegiertenversammlung des BUND-Landesverbandes Brandenburg findet am Sonnabend, dem 19. September 2009, ab 10 Uhr im Haus der Natur, Lindenstraße 34, in Potsdam statt. Eingeladen sind alle Mitglieder des Landesverbandes. Geplant ist auch ein Workshop, auf dem beraten werden soll, wie das ehrenamtliche Engagement für Natur und Umwelt noch weiter verstärkt werden kann. Informationen unter Tel. 0331/23 70 01 41

### Alleentagung

Tagung der BUND-Landesverbände Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit dem Titel „Grüne Tunnel - Lebensadern - Haben Allein in Deutschland eine Zukunft?“. Termin: 21. Oktober 2009, ab 10 Uhr Ort: Tagungshaus BlauArt in Potsdam Kosten: 20 Euro inklusive Tagungsmappe, Mittagessen, Kuchen und Getränke Anmeldung: BUND-Brandenburg Tel.: 0331/23 70 01 41 E-Mail: [BUND.Brandenburg@BUND.net](mailto:BUND.Brandenburg@BUND.net)

### BUND verhandelt über Vergleich

Das Bundesverwaltungsgericht hat bei einem Erörterungstermin in Potsdam Mitte Juni vorgeschlagen, dass der BUND und die Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) Ost in der Auseinandersetzung um den geplanten Ausbau des Saccrow-Paretzer-Kanals Vergleichsverhandlungen aufnehmen. Ausgangspunkt für die Verhandlungen sollte ein Verzicht der WSD-Ost auf die Verbreiterung des Kanals und das Abgraben des Nordufers sein. Damit könnte ein Großteil der wertvollen Naturlandschaft erhalten bleiben. Für den BUND ist dieser Vorschlag des Gerichtes ein großer Zwischenerfolg, denn er zeigt, dass die Kritik der Umweltschützer an den überdimensionierten Ausbauplänen auch für die Justiz nachvollziehbar ist. Das Gerichtsverfahren wird bis zum Ende des Jahres ausgesetzt. Sollte bis dahin kein Vergleich zustande kommen, wird das Verfahren wieder aufgenommen. Weitere Informationen unter [www.flussbuero.de](http://www.flussbuero.de)

### Workshops für Jugendliche

Unter dem Stichwort „Globalisierung und nachhaltiges Leben“ bietet die BUNDjugend Brandenburg eine Reihe von Workshops für Schulen und Jugendeinrichtungen an. Dabei sollen Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren angeregt werden, sich selbstständig mit den Zusammenhängen von Nachhaltigkeit und Globalisierung auseinander zu setzen und eigene Handlungskompetenzen zu entwickeln. Je nach Interesse sind Workshops zu den Einzelthemen Wasser, Energie und Ressourcen, Globalisierung und Kultur oder Ernährung und Landwirtschaft möglich. Die Angebote eignen sich vor allem für Projektstunden. Terminvereinbarung und weitere Informationen unter Tel. 0331/951 19 71 oder E-Mail: [info@BUND-jugend-Brandenburg.de](mailto:info@BUND-jugend-Brandenburg.de)

# Der lange Abschied vom Ausbau der A 100

**Auch wenn Verkehrsministerin Junge-Reyer sich anders äußert: Die Mittel für den Ausbau der Stadtautobahn dürfen auch für sinnvollere Projekte ausgegeben werden**

Der Widerstand gegen die Verlängerung der Stadtautobahn A 100 wächst. Nachdem im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens über 2.500 Bürgerinnen und Bürger Ende April ihre Einwände gegen die Autobahnplanungen zwischen dem Autobahndreieck Neukölln und der Anschlussstelle Treptower Park eingebracht hatten und sich der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gegen den Bau ausgesprochen hatte, denkt auch die SPD um. Bei ihrem Parteitag im Mai stimmten die Delegierten mit knapper Mehrheit für den Stopp des weiteren Ausbaus und fügten Verkehrsministerin Ingeborg Junge-Reyer, ebenfalls SPD, damit eine schwere Niederlage zu. Da die Linke ebenfalls das Projekt ablehnen will und Bündnis 90/Die Grünen ohnehin dagegen sind, zeichnen sich im Abgeordnetenhaus deutliche Mehrheiten ab gegen die drei Kilometer lange und 420 Millionen Euro teure Autobahnverlängerung.

Dennoch hält die Verkehrsministerin unbeirrt an ihren weder stadt- noch klimaverträglichen Planungen fest, obwohl auch die Entwicklung des Verkehrs in Berlin immer mehr gegen den Autobahnbau spricht. So hat in den letzten Jahren der Autoverkehr deutlich abgenommen, während gleichzeitig immer mehr Radfahrer auf Berlins Straßen unterwegs sind. Wichtigstes Argument der Senatorin für das teuerste Auto-

bahnprojekt Deutschlands ist, dass bei einem Verzicht die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellten Steuergelder in Straßenbauprojekte anderer Bundesländer fließen und Berlin leer ausgeht. Tatsächlich ist es bisher die geübte Praxis bei der Finanzierung der Bundesfernstraßen, dass jedes Land nach einer festgelegten Quote Geld für „seine“ Projekte aus dem Straßenbaubudget des Bundes erhält. Eine Zweckbindung gibt es dafür jedoch weder im Bundesverkehrswegeplan noch dem Fernstraßenbaugesetz, in denen der Bund festgelegt hat, welche Projekte vordringlich geplant werden sollen. So steht es dem Deutschen Bundestag frei, die Steuergelder zum Beispiel in die Lärmsanierung entlang der bestehenden A 100, den forcierten Ausbau der Bahnverbindungen, die Aufwertung von innerstädtischen Quartieren im Zuge des Programmes „Soziale Stadt“ oder für Modellprojekte für eine nachhaltige Mobilität zu investieren – sinnvolle und notwendige Projekte, für die bisher das Geld fehlt. Um eine Umwidmung der Gelder zu erreichen, starten im Vorfeld der Bundestagswahlen jetzt der BUND Berlin und die Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS) eine Initiative, damit Berlin selbst entscheiden kann, welche Projekte der Stadt wirklich nützen. *Tilmann Heuser*

Weitere Infos unter [www.BUND-Berlin.de](http://www.BUND-Berlin.de)



Unnötig: Das Geld für den Ausbau der Stadtautobahn zum Treptower Park sollte besser in nachhaltige Projekte investiert werden

© Schmidt Köln/lehmannpixel

## Vorbilder gesucht

**BUND startet Ausschreibung für den Berliner Umweltpreis 2009**

Sie verwandeln Schulhöfe in blühende Biotope, erklären Schulkindern die Bäume im Park oder betreiben das energieeffizienteste Rechenzentrum Europas? Dann gehören Sie zu den Menschen und Unternehmen in Berlin, die sich für den Umwelt- und Naturschutz einsetzen. Um Ihr Engagement zu würdigen, lobt der BUND Berlin in diesem Jahr zum fünften Mal den Berliner Umweltpreis aus.

Der Preis in der Kategorie „Wirtschaft und Innovation“ ist rein ideell. Neu sind in diesem Jahr beim Berliner Umweltpreis die Partner: Die Berliner Stadtreinigung (BSR), die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die Berliner Wasserbetriebe (BWB) haben ihre Unterstützung für die nächsten drei Jahre zugesagt.

Informationen und Bewerbungen unter: [www.Berliner-Umweltpreis.de](http://www.Berliner-Umweltpreis.de) oder Tel. 030/78 79 00-0

Stolze Preisträger, fröhliche Laudatoren: Festveranstaltung zur Verleihung des Umweltpreises 2008



© Bund Berlin

Bis zum 15. September 2009 können sich Einzelpersonen, Initiativen und Unternehmen für die Kategorien „Umweltengagement“, „Kinder und Jugend“ und „Wirtschaft und Innovation“ bewerben oder für den Preis vorgeschlagen werden. Der Umweltpreis ist in der Kategorie „Umweltengagement“ mit 3.000 Euro dotiert. Die Sieger in der Kategorie „Kinder und Jugend“ erhalten 1.000 Euro.

### Anzeige

## Darf ich vorstellen: Meine Erben!

Fritz Groß

<p><b>Lebenselixier</b> „Nicht nur Eisvögel und Fischotter bevorzugen Flussauen, Feuchtgebiete und fischreiche Gewässer. Der BUND schützt sie.“</p>	<p><b>Jugend begeistern</b> „Ohne dass wir Kinder und Jugendliche mit den Wundern der Natur vertraut machen, ist Naturschutzarbeit auf Dauer erfolglos.“</p>	<p><b>Stimme erheben</b> „Die sachkundige und hartnäckige Lobbyarbeit der BUND-Aktiven verleiht Tieren und Pflanzen Gehör bei politischen Entscheidungen.“</p>
---	--	--

**Testamente stiften Zukunft**

Sie engagieren sich für den Natur- und Umweltschutz. Warum nicht konsequent bleiben und sogar über den eigenen Tod hinaus für dieses Ziel stehen? Handeln Sie wie Fritz Groß und bedenken Sie den BUND in Ihrem Testament. Erbschaften und Vermächtnisse helfen uns, bedrohten Tieren und seltenen Pflanzen auch zukünftig Überlebenschancen zu geben und einmalige Landschaften durch Flächenkauf und Pflege zu bewahren.

Wir senden Ihnen gern unsere Informationsbroschüre „Was bleibt, wenn wir gehen?“.

[www.meine-erben.de](http://www.meine-erben.de)

BUND: Almuth Wenta  
Am Köllnischen Park 1 - 10179 Berlin  
Tel.: (030) 275 86 474 - Fax: (030) 275 86 440

FREUND DER ERDE

# Ungezügelmte Stadtoasen

**Die Wildnisinseln im Potsdamer Volkspark geben auf einzigartige Weise Einblick in die ungestörte Entwicklung von Biotopen**

Wenn es regnet, schießen die Stauden, Büsche und Bäume in den Potsdamer Wildnisinseln buchstäblich ins Kraut. Über Nacht, so scheint es, sind die Zweige eine gute Handbreit länger geworden, frische, zarte, limonengrüne Blätter spritzen an ihren Enden und treten farblieh in Konkurrenz zum Moosgrün, Mintgrün, Blaugrün, Maigrün, Olivgrün, Grasgrün und all dem anderen Grün der Umgebung. Einzelne rote Rosen sorgen für markante Orientierungspunkte, darüber liegt ein durchdringendes Summen und Zwitschern.

Seit 2001 darf auf dem Bundesgartenschau-Gelände in Potsdam auf drei Arealen mit jeweils etwa 1700 Quadratmetern alles wachsen, blühen und vergehen, ohne dass Gärtner oder Landschaftsplaner eingreifen. Die Idee dazu hatte Jost Kremmler vom BUND-Brandenburg bereits, als die Gartenschau noch in Planung war. Warum sollte nicht ein Teil des riesigen Bornstedter Feldes nicht mit Tulpen- und Begonien oder Rhododendronhecken bepflanzt werden, sondern einfach sich selbst überlassen bleiben? Dem städtischen Entwicklungsträger Bornstedter Feld, der mit der Konzeption der Bundesgartenschau beauftragt war, kam dieser Vorschlag entgegen, hatte er doch bereits selbst waldähnliche Bereiche vorgesehen. So schloss er mit dem BUND-Brandenburg einen Pachtvertrag für das Gelände. Der BUND verpflichtete sich dafür zu sorgen, dass die Hecke aus geschichteten Holzbohlen, die die Wildnisinseln umgibt, gepflegt und die „Mini-Nationalparks“, wie Jost Kremmler gerne sagt, von Müll befreit werden.

Seither hat sich viel getan: Kleine Eichenstämmchen haben sich inzwischen zu stattlichen, vier Meter hohen Bäumen entwickelt, Rosen- und Brombeersträucher wuchern und bilden ein stacheliges Dickicht entlang der Schichtholzhecke. Obwohl hier immer wieder Bohlen und Äste nachgelegt werden müssen, haben Moospolster und Springkraut Halt gefunden und proben eine weitere Verbreitung. Zaunkönige, Grünfinken, Rotkehlchen und Goldammern singen und tschilpen auf den Bäumen, Spinnen, Asseln und Käfer huschen durchs Geäst, auch Zauneidechsen sollen schon gesichtet worden sein. Die einzigen, die mit streng wissenschaftlicher Begründung die Wildnisinseln betreten dürfen, sind Biologen und Geoökologen der Universität Potsdam. Sie erfassen jedes Jahr die Pflanzen- und Tierarten auf dem Gelände und können so Schlüsse daraus ziehen, was passiert, wenn außer dem Wetter und den Jahreszeiten nichts und niemand Zugriff auf ein Biotop hat.

Mit dem Thema Wildnisinseln beteiligt sich der BUND Brandenburg am Lokalen Bündnis für Familien Potsdam Nord-West, eine von bundesweit über 700 Initiativen, in denen sich Vertreter aus Wissenschaft, Kultur, Verwaltung und Politik zusammenschließen, um ihre Region familiengerecht zu gestalten. Die „Mini-Nationalparks“ sind aus Sicht des BUND für das Lokale Bündnis gut geeignet, weil sie quasi mitten in der Stadt liegen, mit der Straßenbahn auch für Familien mit kleinen Kindern gut erreichbar sind und weil an ihnen anschaulich wird, dass es möglich ist, auch im innerstädtischen Bereich Wildnis zuzulassen. Auch wenn die Wildnisinseln als solche nicht betreten werden dürfen, können sie aus nächster Nähe betrachtet werden und die Umgebung ist so idyllisch, dass sich ein Ausflug in jedem Fall lohnt.

Ob mit oder ohne Familie: Helfer, die den BUND-Brandenburg bei der Instandhaltung des Schichtholzzaunes rund um die Wildnisinseln unterstützen wollen, sind herzlich willkommen. Der nächste Termin ist der 26. September 2009 um 10.30 Uhr. Treffpunkt ist an dem Schild vor den Wildnisinseln etwa 100 Meter östlich des Fußgängerüberwegs über die Straßenbahnlinie in der Georg-Hermann-Allee, in Richtung Kapellenberg.

Übrigens brauchen sich Kinder nicht zu langweilen, wenn sie keine Äste übereinander stapeln wollen: Rund um die Wildnisinseln finden sich zahlreiche, künstlerisch gestaltete Spielobjekte, unter anderem eine Riesenrutsche. *ro*



© Bund Berlin

Wild, aber nicht gefährlich: Im Potsdamer Volkspark dürfen Pflanzen ungestört wuchern

### Biberführung

Biber beobachten entlang des Tegeler Sees. Bitte Fernglas mitbringen. Termin: 10. Oktober 2009, 16.30 bis 18 Uhr  
Treffpunkt: Tegelort, Parkplatz Freibad Tegelsee, Ecke Waldkauzstraße  
Kosten: 5 Euro  
Veranstalter: Anke Willharms vom BUND in Kooperation mit der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg  
Kurs-Nr. TS15.40A

### Greifvögel beobachten

Besuch in der Naturschutzstation Woblit im Naturpark Uckermärkische Seen, in der verletzte Greifvögel und Eulen gepflegt werden. Bitte Fernglas mitbringen. Termin: 11. Oktober 2009, 9.20 bis 17.20 Uhr  
Treffpunkt: 9.20 Uhr Hauptbahnhof Berlin, Infopoint am Südeingang gegenüber dem Bundeskanzleramt.  
Kosten: 19,80 Euro  
Veranstalter: Eckart Klaffke vom BUND in Kooperation mit der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg  
Kurs-Nr. TS15.28A

Anmeldung für die Biber- und die Greifvogelführung bei der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg, Tel. 030/902 77-30 00, Fax: 030/902 77-89 44, E-Mail: [vhs@ba-ts.berlin.de](mailto:vhs@ba-ts.berlin.de)

### Bahnbrechende Natur

Führungen in der für Berlin einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt des Schöneberger Südgeländes  
Termine: 9. und 30. August 2009, 6., 13., 20. und 27. September 2009, jeweils um 11 Uhr  
Treffpunkt: S-Bahnhof Priesterweg, Ausgang Prellerweg, Südeingang zum Naturpark Südgelände  
Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3,50, Kinder unter 12 Jahren kostenlos.  
Zusätzlich erheben die Parkbetreiber ein Eintrittsgeld von 1 Euro für Personen ab 14 Jahren.  
Dauer: 90 Minuten  
Geeignet für Kinder ab 6 Jahren. Bitte keine Hunde mitbringen.  
Sonderführungen für Schulklassen und andere Gruppen sind auf Anfrage möglich.  
Informationen unter Tel. 030/78 79 00-0



© Jens-Zehnder / PIXELIO

### TIPP DES QUARTALS

## Segeltörn für junge Frauen

Zu einem Ostseetörn auf einem Traditionssegler lädt die BUNDjugend Brandenburg vom 17. bis zum 21. August 2009 ein. Das Aktiv-Seminar richtet sich an Mädchen und junge Frauen zwischen 16 und 27 Jahren, die im Bereich „Nachhaltiges Leben“ aktiv sind oder es werden wollen. Auf dem Törn erhalten sie mit erlebnisorientierten Mitteln Einblick in Fragen zu den Themen Globalisierung und Nachhaltigkeit sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der Genuss von Wasser, Wind und Sonne soll ebenfalls nicht zu kurz kommen.

Ausgangspunkt der Segeltour ist Greifswald, mit einer gemeinsamen Anreise ab Potsdam beziehungsweise Berlin-Hauptbahnhof.

Weitere Informationen unter [www.BUNDjugend-Brandenburg.de](http://www.BUNDjugend-Brandenburg.de)

### BUNDjugend-Seminare

Naturerlebnispädagogik

Einführung in Methoden und Inhalte der Natur- und Erlebnispädagogik für Jugendliche und junge Erwachsene.

Inhalte: Sinneswahrnehmungen, Naturerkundungen, gruppenpädagogische Abenteuerspiele. Ziel: Die Teilnehmer sollen in die Lage versetzt werden, eigenständig Bildungsangebote zu entwerfen und umzusetzen.

Termin: 1. bis 4. Oktober 2009  
Ort: Brieselang (Brandenburg)

Kosten: 80 bis 100 Euro inklusive Unterkunft, Verpflegung und Seminarunterlagen

Wildniscamp

Überleben in der Wildnis, Feuer ohne Hilfsmittel anzünden, Nahrung sammeln, Laubhütten bauen: Wildniscamp mit der BUNDjugend in den Herbstferien für Jugendliche und junge Erwachsene ab 12 Jahren.

Termin: 18. bis 23. Oktober 2009  
Ort: Kienitz (Märkisch-Oderland)  
Kosten: 80 bis 120 Euro inklusive Unterkunft, Verpflegung und Seminarunterlagen

Geschichten erzählen

Wie war das noch mit Robin Hood? Was hat ein Rabe mit der Erschaffung der Welt zu tun? – Workshop der BUNDjugend Brandenburg zum Thema Geschichten spannend erzählen und dadurch Wissen vermitteln. Die Teilnehmer brauchen keine Vorerfahrung, sollten aber dazu bereit sein, selbst zum Zuhörer, Erzähler und Held der Geschichten zu werden.  
Termin: 6. bis 8. November 2009  
Ort: Freizeitheim KleinWall  
Kosten: 60 bis 80 Euro inklusive Unterkunft, Verpflegung und Seminarunterlagen

Weitere Informationen: BUNDjugend Brandenburg  
Tel. 0331/95 11 971  
E-Mail: [info@BUNDjugend-Brandenburg.de](mailto:info@BUNDjugend-Brandenburg.de)

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Landesverband Berlin e.V.  
Crellestr.35  
10827 Berlin  
www.BUND-Berlin.de  
und  
Landesverband Brandenburg e.V.  
Friedrich-Ebert-Str. 114a  
14467 Potsdam  
www.BUND-Brandenburg.de

Kontakt

Tel. 030/78 79 00 - 0  
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de  
www.BUNDzeit.de

Redaktion

Saphir Robert (ro)  
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

Vertrieb & Marketing

Thorsten Edler und  
primeline.werbemedien gmbh  
Marienburger Straße 16  
10405 Berlin

Anzeigen

bigben reklame bureau gmbh  
An der Surheide 29  
28870 Fischerhude  
Tel. 042 93/72 72

Druck

Neef + Stumme GmbH &  
Co. KG, Druck und Verlag  
Schillerstraße 2  
29378 Wittingen

Gestaltung

sujet.design  
Uhlandstraße 85  
10717 Berlin  
www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: viertel-  
jährlich, der Bezugspreis ist  
im Mitgliedsbeitrag enthalten

Auflage

30.000  
Gedruckt auf Ultra Lux  
semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit  
erscheint Ende Oktober 2009.  
Anzeigenschluss ist der  
11. September 2009.

Spendenkonto

BUND Berlin  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ 100 205 00  
Kto. 32 888 00

BUND Brandenburg  
Mittelbrandenburgische  
Sparkasse  
BLZ: 160 500 00  
Kto. 350 202 62 45

Erbschaften an den BUND  
sind nach §13 ErbStG von  
der Erbschaftssteuer befreit.  
Wir informieren Sie gerne:  
erbschaftsratgeber@BUND-  
Berlin.de



Abschalten!

Vor 30 Jahren zogen 1500 Atomkraftgegner mit Bussen, Fahrrädern, Autos und Traktoren aus dem niedersächsischen Wendland nach Hannover, wo sie von rund 100.000 Mitdemonstranten zu einer inzwischen legendären Anti-AKW-Kundgebung empfangen wurden. Jetzt ist es wieder so weit: Am 29. August 2009 startet in Gorleben ein Treck von Atomkraftgegnern, diesmal Richtung Berlin. Dort soll am Samstag, den 5. September 2009, vor dem Brandenburger Tor eine Großdemo gegen Atomkraft unter dem Motto „Mal richtig abschalten!“ stattfinden.

Ziel der Aktion ist, kurz vor der Bundestagswahl noch einmal klar zu machen: Die Energiegewinnung aus Atomkraft darf und wird auf Dauer in Deutschland politisch nicht durchsetzbar sein. Diese Feststellung richtet sich vor allem an die Adresse der großen Stromkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall, die darauf setzen, dass es mit einer neuen Bundesregierung möglicherweise wieder leichter wird, eine Laufzeitverlängerung für die bestehenden Atommeiler durchzusetzen.

Aus Sicht der Organisatoren, zu denen unter anderen die Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg, Robin Wood, die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) und der BUND gehören, ist es daher allerhöchste Zeit, wieder auf die Straße zu gehen. Wer nicht die ganze Woche Zeit für den Treck hat, kann auch einfach gemeinsam mit dem großen Demozug am 5. September 2009 ab 13 Uhr vom Berliner Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor ziehen.



Weitere Informationen unter <http://anti-atom-treck.de>

Zukunftsfähige Energiepolitik in Zahlen

Zahl der Unternehmen, die sich im Bereich erneuerbare Energien engagieren ...

... in Berlin: 547

... in Brandenburg: 709

Zahl der Unternehmen, die Elektrizität aus erneuerbaren Energien erzeugen ...

... in Berlin: 256

... in Brandenburg: 311

Zahl der Beschäftigten ...

... in der deutschen Braunkohleindustrie: 22.500

... im Bereich erneuerbare Energien in Deutschland: 280.000

... in der Lausitzer Braunkohleindustrie: 7.800

... bei den Windanlageherstellern und in der Photovoltaik-Industrie in Berlin: 1016

... bei den Windanlageherstellern und in der Photovoltaik-Industrie in Brandenburg: 1944

Gesamtmenge an Strom ...

... die in Berlin im Jahr 2007 produziert wurde, in Gigawattstunden: 8.113

... die in Brandenburg im Jahr 2007 produziert wurde und zu einem guten Teil nach Berlin geliefert wird, in Gigawattstunden: 38.387

Gesamtmenge an Strom aus erneuerbaren Energien ...

... die in Berlin im Jahr 2007 produziert wurde, in Gigawattstunden: 48,7

... in Prozent der produzierten Gesamtstrommenge: 0,6

... die in Brandenburg im Jahr 2007 produziert wurde, in Gigawattstunden: 4798,4

... in Prozent der produzierten Gesamtstrommenge: 12,5

Gesamtmenge an Strom aus erneuerbaren Energien, die laut der Berliner Agentur für Erneuerbare Energien produziert werden könnte, wenn die bereits vorhandenen technischen Standards konsequent umgesetzt würden ...

... in Berlin, in Gigawattstunden: 4160,2

... in Prozent der produzierten Gesamtstrommenge: 51,3

... in Brandenburg, in Gigawattstunden: 12486,1

... in Prozent der produzierten Gesamtstrommenge: 32,5




Ich bin natürlich interessiert ...

... am Abonnement der BUNDzeit, 4 Mal im Jahr, Gesamtpreis 5 Euro (für BUNDmitglieder und BUNDFörderer im Jahresbeitrag enthalten)

... bitte senden Sie mir Informationen über den BUND  
 Berlin  Brandenburg

... bitte senden Sie mir den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin

... an einer Mitgliedschaft beim BUND, denn eine starke Natur- und Umweltlobby braucht eine finanziell unabhängige Unterstützung (Jahresbeitrag: 50 €, Familien: 65 €, erm. Beiträge möglich)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

E-Mail

Bitte ausfüllen, ausschneiden und senden an:

**BUND Berlin • Crellestraße 35 • 10827 Berlin bzw.**

**BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Straße 114a • 14467 Potsdam**

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



FREUNDE DER ERDE